Oldletter: SPD-Geschichten aus Papenburg

SPD

16.11.2014 Nr. 64

Inhalt:

Ergebnis der Landtagswahlen S. 01
Wachsender Zuspruch vor Ort S. 01
Rettungskonzept für Zinnober geplatzt S. 02
Festhalten an der Einführung des Anrufbusses S. 02
Besorgt über Beschäftigung Benachteiligter S. 02
Papenburger SPD will zu alter Stärke zurückfinden S. 03
Spielrecht von FC Germania im Waldstadion S. 03
Zusätzliche Abbiegespur von der Moorstraße S. 04
Sondersitzung des Verwaltungsausschusses S. 04

Februar 2003

Ergebnis der Landtagswahl am 02.02.2003

Papenburg Erststimmen		**Landtagswahl 2003**		**Landtagswahl 1998**	
	Erststimmenbewerber	**Stimmen**	**Prozent**	**Stimmen**	**Prozent**
1	Fleer, Klaus (SPD)	3390	22,04%	6242	37,04%
2	Busemann, Bernhard (CDU)	9975	64,84%	7204	42,75%
3	Domning, Ekkehard (GRÜNE)	592	3,85%	636	3,77%
4	Averdung, Hermann-Josef (FDP)	1427	9,28%	2769	16,43%
Zweitstimmen		**Landtagswahl 2003**		**Landtagswahl 1998**	
	Partei	**Stimmen**	**Prozent**	**Stimmen**	**Prozent**
1	SPD	3453	22,35%	6888	40,66%
2	CDU	9269	59,99%	6524	38,51%
3	GRÜNE	662	4,28%	558	3,29%
4	FDP	1822	11,79%	2502	14,77%
5	PDS	59	0,38%	*******	*******
9	GRAUE	25	0,16%	*******	*******
10	REP	63	0,41%	338	2,00%
12	ödp	12	0,08%	11	0,06%
13	PBC	25	0,16%	15	0,09%
14	Schill	61	0,39%	*******	*******

Wachsender Zuspruch vor Ort

Bei der Analyse der Landtagswahl zeigte sich, dass die SPD auch in Papenburg eine vernichtende Wahlniederlage erlitt. Die Gründe lagen eindeutig in der bundespolitischen Großwetterlage. Das Ergebnis wurde aber als Herausforderung gesehen, sozialdemokratische Politik in der Kommunalpolitik stärker herauszustellen.

Besondere Impulse nach außen und innen versprach sich die Partei durch das Landtagsmandat von Klaus Fleer. „Hier haben wir die gute Chance einer verstärkten Repräsentierung unserer Arbeit für Papenbug und die Region“; so Roland Seemann.

Unerwartet großen Zuspruch vor Ort verzeichnete die SPD in Papenburg nach der für sie enttäuschenden Landtagswahl. „Zahlreiche Menschen haben uns gerade in den letzten Tagen nach dieser für uns schwierigen Situation in unserer Arbeit ermutigt und deutlich gemacht, dass das Ergebnis der sogenannten Denkzettelwahl in keinem Zusammenhang zu sehen ist zu der Arbeit der örtlichen Partei“, so Roland Seemann in der ersten Fraktionssitzung nach der Wahl.

Hartmut Bugiel verwies in diesem Zusammenhang auf sehr konkrete Angebote von Bürgern zur aktiven Mitarbeit in der Kommunalpolitik. Diese Angebote waren Ausdruck einer tiefgreifenden Enttäuschung über die Arbeit von Verwaltung und Mehrheitsfraktion in Papenburg. „Wer in so kurzer Zeit wie die CDU selbst gefasste Beschlüsse zur Haushaltssanierung wie z.B. bei der Regelung der Präsente bei den Seniorenbesuchen oder bei der Malschule Zinnober wieder einkassieren musste, durfte sich nicht wundern, wenn er die Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung verlor. „Wer auf Berlin schimpft, sollte es doch erst mal vor Ort besser machen“; so Bugiel weiter.

Dem Wunsch nach mehr Information würde die SPD durch eine Intensivierung ihrer Öffentlichkeitsarbeit Rechnung tragen. Hierbei würde zukünftig das Internet eine besondere Rolle spielen. Schon ab Anfang März würden konkrete Angebote zum Abruf zur Verfügung stehen. Darüber hinaus würde die Präsens der Partei direkt vor Ort als gelebte Bürgernähe wesentlich stärker in den Vordergrund der Parteiarbeit rücken, kündigte Bugiel ergänzend an.

Rettungskonzept für Zinnober geplatzt

Aus mehreren Gesprächen mit Vertretern der Stadt mussten die Ratsmitglieder von SPD und Grünen den Eindruck gewinnen, man hätte eine einvernehmliche Lösung mit den Mitarbeitern getroffen. SPD und Grüne fragten sich, ob sie ganz bewusst in die Irre geführt wurden? Denn bisher verzichtete keine Mitarbeiterin von Zinnober auf ihre Rechte bei einer Kündigung durch die Stadt.

„Wenn es zu keiner einvernehmlichen Lösung mit den Mitarbeiterinnen gekommen ist, dann ist das ganze Rettungskonzept Makulatur," so Hartmut Bugiel. Die finanzielle Belastung der Stadt durch eine betriebsbedingte Kündigung machte alle Finanzierungslösungen bei der Kunstschule zunichte. Man fragte sich, ob die CDU und die Verwaltung eine kontroverse Diskussion über Zinnober ganz bewusst über den Wahltermin vom 2. Februar retten wollte.

Die Fraktion aus SPD und GRÜNEN forderte eine schnelle Aufklärung über die Widersprüche im Rettungskonzept von Zinnober. Sollte mit einer Scheinlösung die öffentliche Mobilisierung der Eltern verhindert werden?

SPD und Grüne forderten die CDU erneut auf, die Kürzungen bei der Kunstschule Zinnober zurückzunehmen, weil nur so ein langfristiger Bestand der Einrichtung gewährleistet war.

März 2003

Festhalten an der Einführung des Anrufbusses in Papenburg

Die Fraktion aus SPD und Grünen im bekräftigten ihre Forderung zur Einführung des Anrufbusses in Papenburg. Selbst wenn gegenwärtig wegen der Konzessionsbindung bis 2008 für den Stadtbus und wegen der schwierigen Haushaltslage eine Neustrukturierung des ÖPNV in Papenburg nicht möglich war, so waren SPD und GRÜNE überzeugt, dass der Anrufbus für Papenburg sinnvoll war.

Gerade für die Ortsteile im Außenbereich von Papenburg bot sich der Anrufbus als Möglichkeit für ältere Mitbürger, Behinderte, Mitbürger ohne eigenen PKW, Kinder und Jugendliche aber auch Touristen als Möglichkeit für selbstbestimmte Mobilität an. Mit der von-Haus-zu-Haus-Beförderung bot der Anrufbus ein hohes Maß an Sicherheit für die Fahrgäste. Im Gegensatz zu Sammeltaxis oder dem Stadtbus in Papenburg kannte der Anrufbus keine Haltestellen und keine Fahrpläne. Der Anrufbus kam immer direkt vor die Haustür.

Um einen Handlungsspielraum für die Neugestaltung des ÖPNV in Papenburg zu erreichen, stimmten SPD und GRÜNE dafür, die Kündigung des Durchführungsvertrages mit der Firma Auto-Fischer aufrecht zu erhalten. Erwartet wurde jedoch, dass schon jetzt Konzeptionen für die Neustrukturierung in Papenburg erarbeitet würden, damit bei einer eventuellen Rückgabe der Konzession schnell ein neues Nahverkehrskonzept umgesetzt werden könnte.

Bei der Neukonzeption des ÖPNV dürfte aber nicht von den gegenwärtigen Fahrgastzahlen ausgegangen werden. „Denn ein attraktives Angebot schafft höhere Fahrgastzahlen"; so Anne Schnieders. Außerdem müsste man auf Grund der demographischen Entwicklung davon ausgehen, dass zukünftig immer mehr ältere Mitbürger auf den ÖPNV angewiesen wären. Kritisiert wurde von den Fraktionsmitgliedern, dass den Ratsmitgliedern die Vorschläge der Emsländischen Eisenbahn noch nicht vorgelegt wurden.

Besorgt über Beschäftigung Benachteiligter

Anton Schippmann, Gottfried Sandmann, Barbara Gruner, Bernhard Bloem, Hartmut Bugiel, Helmut Stavermann, Hans-Werner Gouterney (von links nach rechts)

Die Stadtratsfraktion von SPD und GRÜNEN setzte in einem Gespräch mit dem Leiter des Arbeitsamtes Papenburg Helmut Stavermann die Tradition fort, sich über die Situation der Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt zu informieren. In einer offenen Diskussion wurden die arbeitsmarktpolitischen Möglichkeiten des Arbeitsamtes erörtert und einzelne Maßnahmen hinsichtlich ihrer Möglichkeiten zur Integration in den ersten Arbeitsmarkt betrachtet.

Die Fraktionsmitglieder äußerten ihre Besorgnis darüber, dass derzeit über Kürzungen bei Berufsvorbereitenden Maßnahmen und bei ABM berichtet würde. Der Leiter des Papenburger Arbeitsamtes versicherte, dass die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen, Schwerbehinderten und Langzeitarbeitslosen weiterhin Ziel seiner Geschäftspolitik wäre. Man erzielte im letzten Jahr gerade bei der Bekämpfung der Jugend-

arbeitslosigkeit und Vermittlung von Schwerbehinderten gute Erfolge. Durch gezielte Informationen des Arbeitsamtes änderte sich auch die Einstellung der Arbeitgeber, so dass inzwischen mehr Arbeitgeber bereit wären, diese Zielgruppe einzustellen. Für das Jahr 2003 hoffte er, bei gegenwärtig schlechteren Rahmenbedingungen trotzdem die Arbeitslosenzahlen wie im vergangenen Jahr zu erreichen.

„Benachteiligte müssen besser gefördert werden“

Verbund zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit fordert vom Bund mehr Finanzmittel für die Kommunen - Chaos erzeugt

Meppen (ghm) „Hartz greift zu kurz. Wir brauchen für die benachteiligten Gruppen zusätzliche Förderinstrumente. Dafür muss der Bund den Kommunen die entsprechenden Finanzmittel zur Verfügung stellen“, lautete das Fazit der Sitzung des Verbundes zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit im Landkreis Emsland.

Ansonsten drohe vielen Bildungsträgern und Beschäftigungsinitiativen künftig das Aus. Rita Rottau, Vorstand des Verbundes, sprach von „Hiobsbotschaften für bisher bewährte Strukturen“. So werden die AB-Maßnahmen für Jugendliche und Langzeitarbeitslose gekürzt, die Jugendwerkstätten seien bedroht, Weiterbildungs- und Qualifikationsmaßnahmen um bis zu 70 Prozent gekürzt. Mit Rainer Kaste, Geschäftsführer der Labora GiGmbH, hatte der Verbund einen kompetenten Referenten eingeladen, der ausführlich das Hartz-Konzept und seine Auswirkungen vorstellte. Deutlich machte Kaste, „nirgendwo im Hartz-Konzept ist die Gruppe der Benachteiligten genannt und ist künftig nicht mehr Zielgruppe des Arbeitsamtes“. Das Hartz-Konzept habe ganze Bevölkerungsgruppen einfach gestrichen. Hier sei ein Vakuum entstanden, das ein „großes Chaos erzeugt und Unsicherheit verbreitet“.

„Hartz hat die Schwachen überhaupt nicht im Blick. Die Strukturen vieler Träger brechen einfach weg“, beklagte auch Kolping-Diözesansekretär August Roosmann. Peter Raske warnte vor einem drohenden großen Konfliktpotenzial für unsere Gesellschaft und betonte, „es dürfen nicht nur die guten Arbeitslosen in Arbeit gebracht werden“. Christine Harwighorst, Sozialdezernentin des Landkreises Emsland, forderte, dass auch künftig die Gelder dort sein müssen, „wo die Betroffenheit ist“. Entweder sei ein Jugendlicher erwerbsfähig oder nicht. „Wenn nicht, landet er bei den Kommunen, denen dann aber die Gelder fehlen.“ Der Landkreis stehe weiterhin zur Verfügung, wenn die finanziellen Fragen geregelt seien, forderte auch Frau Harwighorst entsprechende finanzielle Fördermittel von Seiten des Bundes. Ralf Cordes, Arbeitsamt Nordhorn, gab zu bedenken, dass das Arbeitsamt durchaus Möglichkeiten und Programme zur Förderung Benachteiligter habe und initiieren könne, aber die notwendigen finanziellen Mittel stünden nicht zur Verfügung.

Einig waren sich alle Teilnehmer, dass die Politiker mit Blick auf das Hartz-Konzept offenbar die katastrophalen Auswirkungen auf bisher bewährte Bildungsträger und Beschäftigungsinitiativen nicht ausreichend bedacht haben. „Deutlich wird auch der starke Einfluss der Wirtschaft auf das Hartz-Konzept und die notwendige fehlende gesellschaftliche Diskussion“, so Rainer Kaste. Man dürfe auch nicht vergessen, so Martin Brink von der Akademie Überlingen, „Hartz ist nicht der neue Messias der Bundesrepublik Deutschland, sondern muss jetzt oft für die Unzulänglichkeiten der Politik herhalten“. Verstärkt will man jetzt an die Politiker herantreten, um im Sinne der benachteiligten Menschen ein Hartz-Plus-Konzept schnellstens durchzusetzen.

Ems-Zeitung 04.03.2003

Papenburger SPD will zu alter Stärke zurückfinden

Enttäuschender Besuch der Mitgliederversammlung

Papenburg (H. B.) Ein knappes Dutzend Parteimitglieder – Vorstand inklusive – hatte sich am Dienstag im Hotel Hilling zur SPD-Mitgliederversammlung eingefunden. „Ich hoffe auf ein volles Haus, um zu zeigen, dass wir kämpfen können und zu alter Stärke zurückkehren wollen“, hatte Vorsitzender Bernhard Bloem in seiner Einladung um Unterstützung gebeten. Dieser Appell verhallte jedoch ungehört.

Der Vorsitzende räumte in seinem Bericht ein, dass den Sozialdemokraten zurzeit der Wind ins Gesicht bläst. Die Schlappe bei der Landtagswahl mit Verlusten von 15 Prozent bei den Erststimmen und 18 Prozent bei den Zweitstimmen sei in der Tat „eine schwere Niederlage“, zu der allerdings auch die unentschlossene Politik der Bundesregierung beigetragen habe. „Das einzig Positive ist, dass wir mit Klaus Fleer einen Landtagskandidaten bekommen haben“, stellte Bloem fest, ohne allerdings zu erwähnen, dass die Papenburger SPD zuvor mit Peter Raske für die Zeit von vier Monaten selbst bereits einen Abgeordneten im Leineschloss stellte.

Lob gab es von Bernhard Bloem für Kanzler Schröder in der Irak-Frage. Ohne die seiner Meinung nach überzeugende Linie der Bundesregierung, die u. a. auch von Frankreich, China und Russland unterstützt wird, „wären die ersten Bomben auf den Irak bereits gefallen“. Harte Kritik hielt der SPD-Vorsitzende für die CDU-Chefin Angela Merkel bereit, die bei ihrem Amerikabesuch der Regierung in den Rücken gefallen sei. Auch der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU, Friedrich Merz, und FDP-Vorsitzender Westerwelle mussten sich wegen ihrer harten Attacken gegen die Gewerkschaften Kritik gefallen lassen.

Besonders feiern will die SPD in diesem Jahr ihren 140. Geburtstag und das 85-jährige Bestehen des Ortsvereins Papenburg. Geplant ist u. a. zur Europawahl im Herbst ein Konzert, mit dem man vor allen Dingen auch junge Leute ansprechen und für ein Engagement in der SPD gewinnen will. „Wir müssen aktiv werden, damit wir in zehn Jahren nicht an Altersschwäche sterben“, forderte Bloem die Parteifreunde zur Mitarbeit auf. „Packen wir es an, denn wir können es doch“, hieß es.

„Die Stadtratsfraktion hat Flagge gezeigt“, kündigte Hartmut Bugiel eine zielorientierte Kommunalpolitik im Stadtrat an. Die Fraktion habe sich zu konstruktiver Arbeit zusammengefunden. „Immer häufiger sprechen uns Leute an, dass sie unseren Kurs unterstützen. Wir sind optimistisch“, stellte Bugiel fest. Engen Kontakt will auch Klaus Fleer zu den Papenburger Sozialdemokraten halten. Fleer arbeitet in Hannover im Umweltausschuss und im Landwirtschaftsausschuss mit, wo er sich besonders beim Thema Massentierhaltung engagieren will.

Ems-Zeitung 14.03.2003

Spielrecht von FC Germania im Waldstadion

In der Diskussion über das Sportangebot in Papenburg sprachen sich die Fraktionsmitglieder für eine grundsätzliche Gleichbehandlung der Vereine SC Blau-Weiß 94 Papenburg und FC Germania 95 beim Spielbetrieb aus.

„Bürgermeister Nehe sollte endlich sein Wahlversprechen einlösen, zwischen den Vereinen zu vermitteln;“ forderte Fraktionsvorsitzender Hartmut Bugiel. Es war nach Auffassung der SPD bedauerlich, wenn ein Aufsteigen des FC Germania dadurch verhindert würde, weil die Stadt dem Verein keinen ausreichenden Platz zur Verfügung stellte.

Ratsherr Anton Schippmann erklärte: „In keiner anderen Stadt habe ein Verein zwei Stadien für seine Punktspiele zur Verfü-

gung, so wie SC Blau-Weiß 94 mit dem Waldstadion und dem Stadion am Obenende.“ Er verstünde nicht, weshalb sich zwei Vereine nicht die städtischen Sportstadien für Punktspiele teilen könnten. Was in Hamburg mit dem HSV und FC St. Pauli möglich war, müsste auch in Papenburg für FC Germania 95 und SC Blau-Weiß 94 Papenburg möglich sein.

„Mit der Anlage an der Kleiststraße sei FC Germania 95 eindeutig benachteiligt,“ so Hans-Werner Gouterney. Diese Anlage eignete sich in keiner Weise für einen ordentlichen Punktspielbetrieb. Bei schlechtem Wetter fehlten Unterstellmöglichkeiten. Die Nutzung der Umkleidekabinen in der Turnhalle war nicht ausreichend. Außerdem fehlte ein ausreichender Stromanschluss.

Die Fraktion von SPD und GRÜNEN sprach sich für ein Spielrecht im Waldstadion bei Punktspielen für FC Germania 95 aus. Wenn Ulli Nehe seinem Versprechen nach Vermittlung nicht nachkam, so sollten die Staffelleiter eine Regelung für den Spielbetrieb zusammen mit den Vereinen herbeiführen.

Zusätzliche Abbiegespur von der Moorstraße in die Friederikenstraße

Verschiedenen Verkehrsproblemen in waren Gegenstand der Fraktionssitzung.

Auf ein Ärgernis bei der Einmündung der Moorstraße in die Friederikenstraße reagierte die SPD mit der Forderung des Baus einer zusätzlichen Abbiegespur. An dieser Stelle staute sich der Verkehr unnötigerweise, weil keine Abbiegespur gebaut wurde, obwohl ausreichend Platz dafür vorhanden war.

Von mehreren Bürgern wurde die SPD-Fraktion auf eine Gefahrenquelle beim Ausbau der Friederikenstraße hingewiesen. Kurz nach dem Friederikenstift am Ende des neuen Straßenausbaus kam es zu einer Fahrbahnverschwenkung, die durch Hochborde zu einer Beschädigung der Pkws führen konnte, wenn ein unachtsamer Fahrer einfach geradeaus fuhr, ohne die Verschwenkung zu beachten. Die SPD forderte eine Absenkung der Hochborde an dieser Stelle und den Hinweis auf die Verschwenkung der Fahrbahn mit einer besonderen Markierung.

Die SPD begrüßte, dass ihrer Forderung nach Reparatur der Straße zwischen Nenndorf und Papenburg endlich entsprochen wurde. Durch den Sandabbau am Tunxdorfer Waldsee und den Transport des Sandes zur Meyerwerft wurden der Feldangerweg und die Dammstraße in Nenndorf im letzten Jahr derartig belastet, dass tiefe Schlaglöcher entstanden, die den Verkehr massiv gefährdeten. Jetzt wurde die Straße neu ausgebaut. Die damalige SPD-Landesregierung beteiligte sich an dem Ausbau mit Mitteln aus „Proland“.

Der Ausbau war so gelungen, meinte Hartmut Bugiel, dass überlegt werden müsse, ob nicht eine Geschwindigkeitsbegrenzung notwendig würde, damit sich die Straße nicht zur Rennstrecke entwickelte. Außerdem müsste darauf geachtet werden, dass auf der Straße nur solche Fahrzeuge führen, für die sie zugelassen war, und nicht durch schweres Gerät für die Anlage und den Abbau der Spülfelder die Straße wieder zerstört würde.

April 2003

Sondersitzung des Verwaltungsausschusses

Mit großer Betroffenheit nahm die Fraktion aus SPD und GRÜNEN die Entscheidung der Meyer-Werft zur Kenntnis, 800 Mitarbeiter zu entlassen. Dies hätte dramatische Auswirkungen auf die Wirtschaftskraft des nördlichen Emslandes und des südlichen Land-kreises Leer, so Fraktionsvorsitzender Hartmut Bugiel. Es käme jetzt darauf an, mit einem Schulterschluss über Kreisgrenzen und Parteien hinweg einen Verbund zu schaffen für die Behebung der Krise.

Als konkrete Maßnahme beantragte die Fraktion eine Sondersitzung des Verwaltungsausschusses der Stadt Papenburg zusammen mit der Geschäftsleitung der Meyer-Werft und dem Betriebsrat, um einen Weg aus der Krise zu entwickeln. Besorgnis bereitete der Fraktion auch die Auswirkung auf heimische Zulieferfirmen sowie Handel und Gastronomie.

Die Fraktion forderte die Landesregierung auf, sich für den Erhalt der Arbeitsplätze bei der Papenburger Meyer-Werft einzusetzen. Ministerpräsident Wulff müsste jetzt zusammen mit Unternehmensleitung, Betriebsrat und IG-Metall ein tragfähiges Konzept erarbeiten.

Nach Auffassung der Fraktion könnte für den Erhalt der Arbeitsplätze die Gründung einer Beschäftigungsgesellschaft erfolgen, die neben den von Meyer entlassenen Arbeitnehmern auch Arbeitnehmer der heimischen Zulieferfirmen, die von Kündigung bedroht waren, berücksichtigte. Die Gesellschaft müsste die Arbeitnehmer weiterqualifizieren, damit sie in der Region Ersatzarbeitsplätze finden könnten. Gleichzeitig wäre eine Be-schäftigungsgesellschaft geeignet, die Aus-wirkungen der gegenwärtigen Flaute im Kreuzfahrtschiffbau aufzufangen und das vorhandene Knowhow der Beschäftigten zu bewahren.

Die SPD-Fraktion in Papenburg wäre in dieser Frage zur Zusammenarbeit bereit. Wenn in einem Nachtragshaushalt Mittel für eine solche Gesellschaft erforderlich wären, trüge die SPD eine solche Entscheidung mit.